

Die Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
Post bezogen 1,20
Einzelhefte in die Post-
anstalt Nr. 6482.

Der Proletarier

Geschäftsrate und
Anzeigenpreise pro
Zeile und Spalte
über deren Raum 3/4
Arbeitsmarkt und
Arbeitslosenfrage
60

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Drey.
Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.
Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.
Redaktion und Expedition:
Hannover, Mühlstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3003.

Die Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung.

Eine Million Rentenempfänger — also trompetet die Unternehmerpresse — wird es in nicht zu ferner Zeit zufolge der sozialen Gesetzgebung im Deutschen Reich geben. Nach der letzten amtlichen Bekanntmachung wurde am 1. Juli 1908 an laufenden Renten gezahlt: 852 824 Invalidenrenten, 112 096 Altersrenten und 19 642 Unfallrenten, zusammen 984 562 Renten. Da sich die Zahl der auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes zu leistenden Renten um rund 15 000 jährlich vermehrt, so würde etwa um die Mitte dieses Jahres die erste Million der Rentenempfänger voll sein. Aus der rückläufigen Zahl der Alters- und Unfallrentner schließt natürlich eine gefällige Kapitalistenpresse auf die Fortschritte der Werkstättenhygiene und des Arbeiterschutzes, während doch vielmehr die Tatsache zu unterstreichen wäre, daß die Ausbreitung der gewerblichen Tätigkeit die Invalidenversicherung beschleunigt und erweitert.

Allein nicht diese Erscheinung der sich von Jahr zu Jahr vergrößernden Zahl der Berufskranken, die dauernd erwerbsunfähig werden, soll uns heute beschäftigen, sondern die angeblich so starke Belastung der Industrie durch die Erfordernisse der Arbeiterversicherung, worauf die Soldschreiber der Industrie so selbstgefällig hinweisen. Vor allem könnte man da die berechnete Einwendung machen, daß die Belastung der Industrie von dieser selbst verschuldet wird, und zwar insofern, als es ihr noch immer an jener Vor- und Einsicht in sozialhygienischer Beziehung mangelt, wodurch so viele Werkstätten zu Brutstätten von Berufskrankheiten und Unfallgefahren werden. Mögen auch die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften für Schutzmaßnahmen und Unfallverhütung noch so groß sein, mögen die Vorkehrungen zur Schonung der Gesundheit der Arbeiter in den Betrieben noch so umfassend getroffen werden — der Kapitalismus schafft immer neue Krankheiten und Unfallmöglichkeiten. Wäre dies nicht der Fall, würde sich die Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer der Arbeiter stetig verringern, so sich zu vergrößern, dann wären eben die Erfordernisse der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und der Invaliditäts-Versicherungsanstalten niedriger und das kleinere Risiko könnte mit kleineren Prämien gedeckt werden, wenn man es nicht vorzöge, die höheren Einnahmen zur Aufbesserung der Renten und sonstigen Versicherungsleistungen zu verwenden.

Der zweite nicht minder begründete Vorwurf, welcher der Industrie gemacht werden kann, ist die Tatsache, daß sie mit Schuld daran ist, wenn es heute keine einheitlich organisierte Arbeiterversicherung gibt, wenn statt eines einzigen, zweckentsprechend gegliederten Körpers eine ganze Reihe von Anstalten mit vielfach gleichen Organen zur Durchführung der verschiedenen Versicherungsgegenstände existiert. Daß diese Zersplitterung keineswegs etwa auf die historische Entstehung der einzelnen Versicherungszweige zurückzuführen ist, sondern lediglich auf den Widerstand der Unternehmer, ist aktenmäßig aus den Verhandlungsprotokollen des Reichstags und der diversen Enquêtes usw. nachzuweisen. Stehen doch die Unternehmer heute noch den Bestrebungen auf Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung durchaus feindselig gegenüber! Ginge es ausschließlich nach ihrem Plane, so müßten die gesamten Versicherungsanstalten zu Anhängeln der Betriebe herabstinken nach Art der Fabrikläusen und ähnlichen „Wohlfahrts-Einrichtungen“, die nichts anderes sind als Instrumente zur Ermüdung und Knebelung der Arbeiter nach dem berüchtigten Rezept „Brot und Pein“. Ueberhaupt ist es ausschließlich des Mühsens der industriellen Fachpraxis recht zeitgemäß, daran zu erinnern, daß die Arbeiterversicherung dem Unternehmertum auf den Leib geschnitten ganz nach seinen Bedürfnissen und Interessen organisiert ist. Einzelne Gesetze sind direkt in irgend einem Fabrikkontor entstanden. Er rühmte sich der verstorbene Generaldirektor Baare in Vohum, der Verfasser des Unfallversicherungsgesetzes zu sein, das im Jahre 1881 ausgearbeitet wurde. Daß unter solchen Umständen für alle die Fehler und Mängel der Versicherungsgesetze die Unternehmer in erster Linie mit verantwortlich sind, ist also klar. Ihr leitender Gedanke war und ist die Arbeiterversicherung in den Dienst ihrer Interessen zu stellen und sie zur Verbannung der Arbeiter zu benutzen. Ihr Grundsatz vom „Herr im Hause sein“ erstreckte sich auch auf die Arbeiterversicherung, vielmehr: diese ist ein Mittel, um jenen Grundsatz zu verwirklichen. Der Mißbrauch, der seitens des Unternehmertums mit der Arbeiterversicherung getrieben wurde und noch getrieben wird, ist mit Schuld daran, daß die Verwaltungskosten der verschiedenen Versicherungsanstalten heute so enorme sind und daß aus den Mitteln, die doch eigentlich zur Unterstützung erwerbsunfähiger Arbeiter bestimmt sind, doppelt und dreifach administrative Einrichtungen erhalten werden müssen, die vielfach gleiche Aufgaben zu erledigen haben. Lieber beständen die Unternehmer ein Heer von ihnen ergebenen Beamten in

den Versicherungsanstalten, als daß sie durch eine Zentralisation Ersparnisse erzielen würden, die den Arbeitern zugute kämen.

Der Hauptgefahrpunkt aber, der für die Unternehmer maßgebend ist, ist die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Dieser soll kein Abbruch geschehen, und deshalb wurde die Versicherung so eingerichtet, daß dem Versicherten das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die Sicherstellung seiner Zukunft verbleibt. Er muß sich klar bleiben, lesen wir, daß der in gesunden Tagen erworbene Arbeitsverdienst nicht sofort völlig verbraucht werden darf, sondern daß jeder die Pflicht hat, für die Tage der Not und des Alters etwas zurückzuliegen. Also die alte abgeschliffene Sparthese wird aufs neue wieder gepredigt von denselben Industriellen, die durch ihre knauserige Lohnpolitik den Arbeitsverdienst auf ein möglichst tiefes Niveau herabdrücken und durch ihre Unterstützung der agrarischen Hungerpolitik die Kaufkraft des Lohnes auf ein Minimum reduzieren!

Auf welchem rückständigen Standpunkt die Unternehmer noch stehen, erhellt am deutlichsten aus dem Umstande, daß sie die Lasten der Arbeiterversicherung nicht als Teil der Produktionskosten, sondern als einen Teil ihres Unternehmerprofits, mühen als ein Opfer ihrerseits aufgefaßt wissen wollen, weil — in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, den Hauptkonkurrenten der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, eine Arbeiterversicherung überhaupt nicht existiert und infolgedessen Vertragsleistungen hierfür wegfallen. Was aber in England und in den Vereinigten Staaten nicht als Produktionskosten gelte, könne auch nicht in Deutschland als solche gelten, eine Auffassung, die nur ein kapitalistisch verkrüppeltes Hirn als logisch bezeichnen kann — indes unbefangene Sozialpolitiker sich sagen werden, daß die Verurteilung auf jene zwei Industriestaaten höchstens die Unstichhaltigkeit jener Anschauungen beweist, wonach sozialpolitische Lasten die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie beeinträchtigen sollen. Beweis also dies Fehlen der staatlich organisierten Arbeiterversicherung in England und den Vereinigten Staaten nichts für die Leistungsfähigkeit der Industrie in diesen Ländern, so ist es nicht minder absurd, wenn von einem Opfer der Unternehmer gesprochen wird, weil sie einen verschwindend geringen Bruchteil ihres Gewinnes für Versicherungszwecke dahingeben müssen. Als ob der Lohn nicht auch ein Bestandteil des Arbeitsertrages wäre, den sich die Kapitalisten aneignen, weil sie die toten Arbeitsinstrumente, die Fabriken, Maschinen und Rohstoffe besitzen; als ob der Mehrwert, den die Proletarier schaffen, gerade nur durch den Lohn kompensiert wäre. Ob die Unternehmer die Versicherungsbeiträge zu den Produktionskosten rechnen oder nicht, das ist für die Beurteilung der Frage der Prämienbelastung furchtbar gleichgültig. Das Entscheidende ist und bleibt die unaufsehbare Tatsache, daß der Lohn in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zumindest um jene Versicherungsbeiträge vermindert erscheint, die zur Sicherung des Arbeiters für jene Zeit der Erwerbsunfähigkeit und des Lebensunterhalts seiner Hinterbliebenen selbst nach der Auffassung des kapitalistischen Staates erforderlich sind. Schon vor 40 Jahren hat der bürgerliche Nationalökonom Brentano, ein ausgesprochener Gegner der Sozialdemokratie, dargelegt, daß der Lohn für alle Stadien des Arbeiterlebens, auch für jene ausreichen müsse, in welchen der Ernährer der Familie nichts mehr verdienen könne, und daß die Versicherungsprämie nur die Ergänzung der in diesem Sinne unvollständigen Löhne darstelle. Da mögen die Unternehmer noch so ostentativ und noch so selbstgefällig von Opfern der Industrie reden, sie lägen sich damit nur in den Sand hinein, wenn sie glauben, den Arbeitern einreden zu können, daß die Beitragsleistung für die Zwecke der Arbeiterversicherung etwas anders sei, als eine nachträgliche und ungenügende Entschädigung für das furchtbare und unermeßliche Risiko, welches die Arbeiter im Dienste der Industrie tragen.

Wie, die Herren Ausbeuter sprechen von „Opfern“, die sie bringen? Und was ist es denn mit den Opfern, die die Arbeiter bringen? Glaubt man, diese überhaupt mit Geld aufwiegen zu können? Im Jahre 1906 sind 4 1/2 Millionen Erkrankungen mit mehr als 88 Millionen Krankheitsstagen, sind ferner 77 237 Sterbefälle vorgekommen. Im selben Jahre wurden 646 000 Arbeiter in unfallversicherungs-pflichtigen Betrieben verletzt, aber nur 140 000 davon als entschädigungsberechtigt anerkannt. Im Laufe dieses einen Jahres genossen 936 491 Krüppel eine elende Entschädigung, die von ihnen nie und nimmermehr als mit ihren gesunden Knochen gleichwertig angesehen werden kann. Welches Meer von Blut und Tränen umfließen diese Zahlen! Und zehn-tausende bedecken alljährlich das Schlachtfeld der Industrie als tote und Schwerverletzte! . . .

Angefaßt dieser grauenerregenden entsetzlichen Verluste, die die Arbeiter Jahr für Jahr infolge des skrupellosen Ausbeutungssystems der Kapitalisten erleiden, wagt man es noch, von einer Belastung der Industrie zu sprechen! Hat man die eiserne Stirne, die erbärmlichen Renten vorzurechnen,

welche die Invaliden und Krüppel der Arbeit als Entschädigung für ihre unsäglichen Leiden und Schmerzen, für ihr Blut und Fleisch und Knochen von den meist kapitalistisch verwalteten Versicherungsanstalten erhalten!

Man sollte meinen, daß so etwas wie Scham die Preßsoldknechte der Unternehmer davon abhalte, die Verwüstung, welche der Kapitalismus in den Reihen der Arbeiter alljährlich anrichtet, durch die Berechnung der Kosten für die Arbeiterversicherung in das grelle Tageslicht zu rufen; und wenn schon nicht Scham — da derlei bei kapitalistischen Preßbestien äußerst selten vorkommt — wenigstens die Vorsicht, das Interesse der Unternehmer selbst mißten ihnen gebieten, nicht provokatorisch von „Opfern“ der Industrie zu sprechen.

Oder stellen wir uns einen Moment auf den rein rechnungsmäßigen Standpunkt der Herren und sehen wir von dem unnehmbaren Risiko der Arbeiter ab, die ihre Haut zu Markte tragen, damit die Herren Ausbeuter überhaupt „Opfer“ bringen können. Wie steht es denn da? Nicht einmal der verknöcherte Kapitalistknecht wird die Unfallkosten auf Rechnung der Arbeiter setzen wollen. Denn wenn schon die Lasten der Krankens- und Invaliditätsversicherung nicht zu den Produktionskosten gehören, die der Unfallversicherung gehören unzweifelhaft, auch nach der Auffassung rein kapitalistischer „Sozialpolitiker“, auf das Konto der Industrie. Wäre dies nicht der Fall, der kapitalistische Staat hätte nie und nimmer den Industriellen die gesamten Kosten der Betriebsunfälle zugemutet, er hätte sich gar nicht getraut, im Gehege es auszusprechen, daß die Unfallprämien ausschließlich von Unternehmern aufzubringen seien. Die Aufwendungen, welche die Unfallversicherung notwendig macht, müssen daher bei der Frage, welche Belastung die Arbeiterversicherung der Industrie auferlegt, von vorn herein ausbleiben. Denn es ist nicht einzusehen, warum die Industrie diese Kosten nicht ebenso auf sich nehmen soll, wie irgend welche andre Erfordernisse des kapitalistischen Betriebes. Sind etwa gar Arbeiterknochen niedriger einzuschätzen als Kohle, Holz und Eisen? Wiegen diese Hilfs- und Rohstoffe schwerer als Fleisch und Nerven der menschlichen Arbeitsmaschine? Oder sind diese weniger wertvoll? Und wer entscheidet über deren Wert? Sind aber den Herren Ausbeutern die Knochen der Arbeiter zu kostspielig, dann mögen sie nur ökonomischer damit umgehen — die Arbeiter haben nichts dagegen.

Aber die Herren Unternehmer und ihre Wortführer behaupten ja selbst immer, daß die Betriebsunfälle sich nicht gänzlich ausrotten lassen, daß die Unfallgefahren bis zu einem gewissen Grade mit dem Beruf der Arbeiter untrennlich verbunden seien. Und so sehr sie auch bekliffen sind, das Risiko der Arbeit herunterzuschwindeln — einzelne kapitalistische Frechdächse fassen ja bekanntlich von Mutwilligkeit und Unvorsichtigkeit der Arbeiter! —, so ist es leider doch nur zu sehr richtig, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Unfallrisiko der Arbeiter eine schwer reduzierbare Größe ist, die bei den Betriebskosten mit kalkuliert werden mußte. Nun haben die Unternehmer auch einen Teil der Krankens- und Invaliditätsversicherung auf sich genommen, d. h. sie haben aus dem von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert auch einen kleinen Bruchteil für die Arbeiter selbst verwendet, der zwar nicht zugleich mit dem Lohne, aber späterhin in anderer Form zur Auszahlung gelangt.

Wie hoch beläuft sich nun diese Leistung der Unternehmer? Und welches ist die Leistung der Arbeiter? Hier ist die Rechnung nach den Ergebnissen des Jahres 1906 aufgestellt, wobei die Knappheitsklassen außer Betracht blieben:

	Beiträge der Unternehmer	Arbeiter
Krankenversicherung	91 300 000 RM.	183 600 000 RM.
Invaliditäts- u. Altersversicherung	85 000 000 „	85 000 000 „
	176 300 000 RM.	267 600 000 RM.

Die Arbeiter zahlen also um 91,3 Millionen Mark im Jahre mehr als die Unternehmer! Und nun stelle man den Lohn der Arbeiter und den Profit der Unternehmer in ein Verhältnis zu dem ganzen Arbeitsertrag, zu der vereinbarten Fakturensumme oder zum Produktionswert! Man vergleiche insbesondere die Arbeitslöhne mit den übrigen Produktionskosten und mit dem Reinertrag, den die Herren Ausbeuter eintaschen! Man berechne, was der Unternehmer auf den Kopf des Arbeiters berechnet pro Tag an Versicherungsprämie leistet und wieviel der Arbeiter von seinem Verdienste für den gleichen Zweck weggeben muß. Dann wird man sehen, wo die Opfer zu suchen und zu finden sind, dann wird man erkennen, daß es eine maßlose unentgeltliche Ueberhebung und eine Herausforderung der Arbeiter ist, ihnen immer wieder die Beitragsleistungen der Unternehmer als ein Opfer der Industrie hinzumalen — zu der doch Notabene auch die Millionen Arbeiter und nicht bloß die Tausende Unternehmer gehören. Aber die Herren Ausbeuter haben sich so sehr in den Gedanken verliert, ausschließlich ihre eigene Person als die Industrie hinzustellen, daß sie alles, was diese leistet, als ihre persönliche Leistung auszugeben gewohnt sind.

Freiwillig, sie hatten uns auch ihre „freiwilligen“, d. h. nicht vom Gesetze vorgeschriebenen Aufwendungen für sozialpolitische Zwecke vor, die diversen Pensions- und Unterstützungsfonds, die Prämien, die Summen für Erziehungs- und Unterrichtszwecke, für Wohnungs- und sonstige Fürsorgezwecke, kurz die Ausgaben für die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen in den Betrieben, die bekanntlich nichts anderes sind als Blinder und Blindenführer, die sie für sich und ihre Ausbeuterinteressen aufrichten. Im Jahre 1906 sollen dafür 116,2 Millionen Mark verwendet worden sein. Allein was beweist diese Summe? Daß die Herren Ausbeuter selber die dunkle Empfindung von der Unzulänglichkeit der staatlichen Arbeiterversicherung haben und daß es in ihrem Interesse liegt, über dieses obligatorische Minimum hinauszugehen und ein übriges zu tun. Wäre diese Ueberzeugung nicht in ihrem Vorteil gelegen, sie würden nicht einen Pfennig mehr leisten als sie müßten, als wozu sie das Gesetz zwingt. Diese freiwillige Mehrleistung macht ja ihrer Einsicht alle Ehre, aber sie bekräftigt eben nur die Tatsache, daß die staatliche Arbeiterversicherung ihr Ziel: die Arbeiter gegen Not und Elend zu schützen, nicht voll zu erreichen vermag und daß die Spartheorie der Unternehmer ein Loch hat.

Die Arbeiterversicherung soll die Arbeiter zufrieden machen, soll ihre Klassenlage heben, ihre Konsumfähigkeit steigern, die Armenpflege zum Teil überflüssig machen — lauter Ziele, deren Erreichung auch im Interesse der Unternehmer liegt. Mit den Beiträgen zur Arbeiterversicherung wollten sich die Unternehmer eingeständenermaßen die Arbeiter von der Sozialdemokratie loskaufen. Es ist, wie sie bedauern und zürnen zugleich eingesehen, nicht gelungen. Warum? Weil sie die Kaufkraft des Geldes durch die von den Industriellen unterstützte Agrarpolitik gewaltsam herunterdrücken, weil sie jede Mark, die sie für ihre Arbeiter spenden, selbst entwerten. Sie verlagern den Arbeitern die Gleichberechtigung in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung und glauben sie mit ein paar lumpigen Millionen, die sie dem Arbeitsertrage entziehen, bestechen zu können.

Diese Rechnung, ihr Herren, ist gründlich falsch!

Wirtschaftliche Rundschau.

Den Agrariern ein Wohlgefallen. — Steigende Rentabilität. — Produktionssteigerung. — Abnahme der beschäftigten männlichen Arbeiter. — Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte. — Ausblicken.

Bis schon auf den Anfang des Jahres 1908 die Krise ihre dunklen Schatten, so hat doch der wirtschaftliche Rückgang erst in den letzten Wochen den Tiefpunkt erreicht. Und daher ist die Bilanz, die der Arbeiter zu ziehen hat, durchaus unerfreulicher Natur. Das nicht nur: für das neue Jahr eröffnen sich ihm recht trübe Aussichten! Von zwei Seiten ist die Lebenshaltung der Lohnarbeiter andauernd bedroht; einmal durch Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse, dann durch Verteuerung der Lebenshaltung. In krafftem Gegensatz zu der Gestaltung der sozialen Lage der Arbeiterschaft hat die der Großgrundbesitzer sich geändert. Die neuen Handelsverträge haben den Nutznießern der Bodenwerte nicht nur für die letzten beiden Jahre enorm gesteigerte Einnahmen gebracht, für das Jahr 1909 steht ihnen aus der Preissteigerung durch Höhe eine die bisherigen Mehreinnahmen noch weit übersteigende Ertragssteigerung in Aussicht. Die Weizenanbau ist schlecht; dagegen ist den deutschen Produzenten ein glänzendes Ertragsresultat sicher. Nach den vorliegenden Schätzungen stellt die deutsche Ernte für 1908 sich auf 4,2 Millionen Tonnen bei Weizen und auf 14,1 Millionen Tonnen bei Roggen. Gegen das Vorjahr bedeutet das ein Mehrertragsresultat von rund 4 1/2 Millionen Tonnen. Die Mehreinnahme in Verbindung mit den Zollrückstellungen sichert den Produzenten eine Einnahmesteigerung von mindestens einer Milliarde Mark. Also zu den glänzenden Ertragsresultaten der letzten Jahre ein noch viel glänzenderes Einkommen aus der diesjährigen Ernte!

Daß auch die Aktienbesitzer Anlaß haben, mit der Gestaltung der Dinge zufrieden zu sein, kann die nachstehende Tabelle dartun. Sie enthält die Ergebnisse der Aktiengesellschaften, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden. Danach betrug

Jahr	das Aktienkapital in Millionen RM.	die Dividende Absoluter Betrag	in Prozenten
1901	2374	190	7,98
1902	2424	162	6,64
1903	2512	161	7,20
1904	2509	216	8,61
1905	2622	236	9,51
1906	2772	292	10,58

Selbst im Krisenjahr 1902 kam eine noch ganz ansehnliche Dividende heraus; dann ging es bergauf. Das Jahr 1903 brachte den respektablen Durchschnittssatz von 7,51 Prozent. Und noch weiter hinauf ging die Dividendenkurve; das Jahr 1906 warf den Aktionären eine über 10 Prozent hinausgehende Dividende in den Schoß. Das Jahr 1907, das schon im Zeichen der Krise stand, ließ die Dividende, wenn überhaupt, dann nur wenig sinken. Soweit die Oktober-Bilanzen veröffentlicht worden sind, stellt sich für die Hauptindustriegruppen das Verhältnis in den letzten Jahren wie folgt:

Gruppe	Dividende in Prozenten 1906/07	1907/08
Woll- und Textilindustrie	11,3	10,2
Metallindustrie	9,5	8,7
Chemische Industrie	8,8	7,0
Lebensmittelindustrie	9,4	10,6
Banken	4,4	3,8
Wasser- und Elektrizität	9,5	9,3
Transportindustrie	17,2	19,1
Handel	16,8	16,9
Banken	8,1	7,9
Verkehr	6,1	5,8

Für einige Gewerbe sind die Gewinne etwas gesunken. Das andere präzisieren die letzten Abschlässe sich noch günstiger als die vorletzten. So ist in der chemischen Industrie die Durchschnittsdividende noch am Jahr 2 Prozent auf den

horrernden Satz von 19,1 Prozent hinaufgestiegen. Auch das Papiergewerbe nimmt mit 16 Prozent Durchschnittsdividende einen hervorragenden Platz ein. Sehr günstig ist auch das Gewinnverhältnis in der Industrie der Steine und Erden, wozu unter anderem die Ziegeleien und Zementfabriken gehören, deren Durchschnittsdividende von 10,8 auf 10,7 hinaufgestiegen. Die Lohnverhältnisse gerade in den letztgenannten drei Industrien haben sich nicht in ähnlich günstiger Weise entwickelt, wie für die Papierindustrie der Dividendenfänger.

Also die Kapitalistenklasse hat gute Jahre gehabt. Die Dividenden der Aktiengesellschaften sind durchgängig hinaufgegangen. Niedrig sind teilweise die Preise der Erzeugnisse gestiegen; nicht in gleichem Schritt damit bewegten sich die Löhne. Der ungeheuren Steigerung der Produktivität der Arbeit steht eine relativ nur geringe, oft gar keine Steigerung der Konsumkraft, eine nur ganz bescheidene oder gar keine Verbesserung der Lebenslage gegenüber. Wie die Gütererzeugung zugenommen hat, das illustriert die folgende Aufstellung. Es wurden in Deutschland produziert:

	1887	1906	Zunahme in Proz.
Steinkohlen Tonnen	60 334 000	137 117 900	127
Braunkohlen "	15 898 600	56 419 600	255
Stahlfalz "	405 400	1 235 000	204
Stahlfalz "	1 080 100	5 541 700	413
Eisenröhren "	9 351 100	26 734 600	185
Rohr Eisen "	4 024 000	12 292 800	205
Ruder "	910 698	3 124 826	189
Bier Hektoliter	27 476 000	45 867 000	67

Das sind zweifellos ganz enorme Steigerungen, die nur zu einem Teile auf Vermehrung der menschlichen Arbeitskräfte, viel mehr auf technischen Fortschritt, Steigerung der Leistungsfähigkeit und Ausnutzung des einzelnen Arbeiters beruht. In der Zeit der vorstehend zur Anschauung gebrachten Produktionssteigerung ist die Bevölkerung Deutschlands nur um rund 40 Prozent gestiegen.

Kürzlich wurde in kapitalistischen Zeitungen berechnet, daß das Volkvermögen jährlich um 3—4 Milliarden zunehme. Die Konstatierung dieses Wohlstandswachstums sollte als Begründung für die Belastung der Arbeiter mit neuen indirekten Steuern gelten. Wir müssen aber schon fragen: Welchen Anteil hat die Arbeiterschaft an der Reichthumsanhäufung? Können die Arbeiter heute im allgemeinen mehr erzipen als früher? Die Antwort muß ganz entschieden verneint werden. Die Mehrzahl der Proletarier verdient heute nicht mehr, als zur Fröhen des Lebens notwendig ist. Treten periodische Krisen auf, dann sinkt für viele Tausende das Einkommen unter das dem Stande der Kultur angemessene Existenzminimum. Und das ist jetzt ja auch wieder der Fall. Im laufenden Jahre hat sich der Arbeitsmarkt dauernd ungünstiger gestaltet. Das ergeben die Angaben der reichsstatistischen Erhebung angeschlossener Krankenkassen und Arbeitsnachweise. Von den bestehenden Krankenkassen Deutschlands sind das 20 Prozent. Nach dem Mitgliederverzeichnis waren beschäftigt

	1. August 1902	1. September 1902	1. Oktober 1902	1. November 1902
männliche Arbeiter:	3 244 296	3 251 026	3 249 995	3 247 402
weibliche Arbeiter:	3 168 863	3 159 300	3 156 209	3 199 951
in 1908 weniger	75 433	91 728	93 766	107 454

Die Zahl der Minderbeschäftigten ist andauernd gestiegen, obwohl die Bevölkerung in der gleichen Zeit um fast eine Million Köpfe gewachsen ist.

Allerdings, die Gesamtzahl der Beschäftigten ist nicht ganz so stark, wie die vorstehenden Ziffern ausweisen, gesunken. Es sind vielfach männliche Arbeitskräfte freigesetzt worden, um an deren Stelle Frauen einzustellen. Die weibliche Arbeitskraft ist billiger als die männliche, das ist des eigenartigen Vorganges Erklärung. So schützt das Unternehmertum die Heiligkeit der Familie. Hier der ziffernmäßige Beleg. Der Nachweis der erwähnten Krankenkassen verzeichnet folgende Bewegung des Mitgliederstandes der weiblichen Versicherten:

	1. August 1907	1. September 1907	1. Oktober 1907	1. November 1907
männliche Arbeiter:	1 252 990	1 257 847	1 269 469	1 292 262
weibliche Arbeiter:	1 267 169	1 277 844	1 299 658	1 327 560
in 1908 mehr	12 779	19 997	30 180	35 298

Während die Zahl der beschäftigten Männer stark abnimmt, zeigt sich eine erhebliche Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen. Der Mann und Vater sitzt arbeitslos zu Hause; damit die Familie nicht verhungert, rennt die Frau und Mutter in die Fabrik und schafft für den halben Lohn, den der Unternehmer für eine männliche Arbeitskraft ausgeben mußte. Besser als in diesen nackten Zahlen kann die soziale Lage der Arbeiter, ihre wirtschaftliche Not, die Ungunst der Verhältnisse kaum gezeichnet werden. In helle Beleuchtung gerückt wird die Verschlechterung am Arbeitsmarkt durch die Statistik der Arbeitsnachweise. Soweit diese mit der Berichterstattung der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen, verzeichnen sie auf je 100 offene Stellen im November vorigen Jahres 152,5 Arbeitsgesuche, im November dieses Jahres war die Zahl der auf 100 offene Stellen entfallenden Arbeitsgesuche auf 212,5 hinaufgegangen. Und das gibt es immer noch Leute, die kalt und kühn behaupten, die Verhältnisse rechtfertigten noch keine besonderen Maßnahmen zur Milderung der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not. Was die hohe Ziffer für den November dieses Jahres bedeutet, mag man noch aus folgender Zusammenstellung erkennen. Auf je 100 offene Stellen im November entfielen Arbeitsgesuche

Jahr	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Arbeitsgesuche	168,8	162,2	178,0	142,0	152,5	212,5

Das Jahr 1908 hat demnach die weitaus ungünstigste Ziffer aufzuweisen. Das bedeutet aber nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch Lohndruck auf der ganzen Linie. Wo die Unternehmer nicht durch Tarife gebunden sind, versuchen sie, durch Lohnherabsetzung die Schäden der Krisen nach Möglichkeit auf die Schultern der Arbeiter abzumwälzen. Und das gelingt ihnen besonders dort, wo sie es mit einer unorganisierten Arbeiterschaft zu tun haben. Manche Arbeiterkategorien werden das erst noch zu spüren bekommen. Krisen erfahren niemals das ganze Erwerbsleben zu gleicher Zeit in demselben Grade. Wenn in einem Berufe die Konjunktur-

Kurve schon ziemlich tief steht, kann in anderen Gewerben die Beschäftigung noch relativ gut sein, und wenn ein Branche die Krise überwunden hat, macht in der anderen der wirtschaftliche Rückschlag erst in ganzer Wucht sich bemerkbar. Es kann sein, daß im nächsten Frühjahr im allgemeinen eine mäßige Aufwärtsbewegung einsetzt, aber sicher ist das noch nicht; was also bestimmt erwartet werden darf, ist eine noch weitere Verschlechterung der Verhältnisse für diejenigen Industrien, die bisher von der Krise noch verhältnismäßig wenig geküßt haben. Nichts ist für den Arbeiter schädlicher als Selbstbeschweichtigung. Das macht leichtsinnig in bezug auf seine Pflicht der Selbsthilfe, fördert die Indifferenz gegenüber der Organisation. Die schmerzlichen Kämpfe um ihre Existenz, um ihr Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat die Arbeiterschaft noch nicht überwunden, sie stehen ihr noch bevor. Das sollte man gerade jetzt, in der Zeit der Krise, beachten. Gerade jetzt müssen die äußersten Anstrengungen gemacht werden, damit der Einfluß der Organisation wächst, sonst sind die Arbeiter nachher von dem Segen einer neuen guten Konjunktur ebenso sicher ausgeschlossen, wie sie jetzt die Kosten der Krise zu tragen haben.

Die Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeiter-Sekretariate für das Jahr 1907.

III.

Von der Geschäftsführung der Berufsvereinigungen.

Eine außerordentliche Schlampe herrscht bezüglich der Handhabung des § 71 Abs. 1 G.-U.-G. Danach hat die Entschädigungsfestsetzung im beschleunigten Verfahren von Amts wegen zu erfolgen. Für eine ganze Anzahl Berufsvereinigungen scheint diese Bestimmung nicht vorhanden zu sein, denn sie sehen sich nicht im mindesten veranlaßt, danach zu handeln. So berichtet das Fürthener Sekretariat, daß es wegen nicht rechtzeitiger Rentensfestsetzung und Fürsorge für die Verletzten in nicht weniger als 40 Fällen bei den zuständigen Berufsvereinigungen um Umweitung der Rente oder um Rentenvorschuss nachsuchen mußte. Nicht selten vergeht ein halbes Jahr und noch länger, ehe der Verletzte die ihm gebührende Rente erhält. In einem Falle hat der Verletzte trotz rechtzeitiger Meldung des Unfalles bei der Bayerischen Holzindustrie-Vereinsgenossenschaft nach 2 Jahren 4 Monaten noch keine Rente erhalten. Die unerhörteste Hummelerei besteht in dieser Beziehung nach den Berichten der Sekretariate Fürth, Nürnberg und München bei der Bayerischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. In der Regel vergehen dort 20 bis 26 Wochen, ehe die Rentensfestsetzung erfolgt; oft dauert es damit aber noch viel länger.

Die langsame Erledigung der Rentensfestsetzung ist übrigens nicht nur auf die Berufsvereinigungen beschränkt, auch die staatlichen Betriebe lassen in dieser Beziehung vieles zu wünschen übrig. So führt das Arbeiterssekretariat Kiel mehrere Fälle an, wo ein bei der dortigen landwirtschaftlichen Werk beschäftigter Arbeiter über 7 Monate, ein anderer Arbeiter nahezu 1 Jahr auf die Zustellung des berufsgerichtlichen Rentenbescheides warten mußte. Im letzteren Falle erfolgte die Zustellung des Bescheides überdies erst auf ergebene Beschwerde, weshalb dann dem betreffenden Arbeiter noch Vorwürfe gemacht wurden, daß er sich an das Sekretariat gewendet hätte.

Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß die gegenwärtige Fassung des § 71 G.-U.-G. nicht genügt, sondern die Rentensfestsetzung an eine bestimmte Frist gebunden und deren Nichterhaltung unter Strafe gestellt werden muß. Die zurzeit in solchen Fällen zulässige Beschwerde an das Reichsversicherungsamt bezw. an die zuständigen Landesversicherungsämter ist meist zwecklos. Nur zu oft erhält man darauf nach wochenlangem Warten die Antwort, daß nach dem eingehenden Bericht der Berufsvereinsgenossenschaft alles in Ordnung und damit die Beschwerde erledigt sei, obwohl sich an der Sache noch nicht das geringste geändert hat. Es macht danach den Eindruck, als ob einzelne Berufsvereinsgenossenschaften sich nicht scheuen, dem Reichsversicherungsamt der Wahrheit zuwiderlaufende Berichte abzugeben, um so ihre schlampige Geschäftsführung zu verdecken.

Ein ähnlicher Mangel tritt bezüglich des Anspruchs des Verletzten auf Einleitung eines Heilverfahrens oder ärztlicher Behandlung zum Vorschein. Es ist nichts selteneres, daß Berufsvereinsgenossenschaften dahingehende Anträge von Verletzten ohne weitere Prüfung ablehnen und dadurch die Antragsteller zur Einleitung eines langwierigen Verfahrens zwingen, währenddessen sie — falls sie nicht Mitglieder einer Krankenkasse sind oder nicht über eigene Mittel verfügen, resp. sich nicht an die Armenbehörde wenden wollen — ohne die notwendige Heilbehandlung bleiben. Das Arbeiterssekretariat Kiel erwähnt einen solchen Fall, wo die Hamburgische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft einem Verletzten nicht nur die nachgelegte Heilbehandlung, sondern auch den zur Verfolgung des Anspruchs erforderlichen berufsgerichtlichen Bescheid verweigerte. Auf beim Reichsversicherungsamt erhobene Beschwerde wurde ihm endlich der Bescheid zugestellt. Damit er aber die Heilbehandlung noch nicht, sondern nur nun mühevoll gegen den Bescheid Verzug erheben und abwarten, bis das Schwabengericht seinen Anspruch anerkannte, und neben Festsetzung einer 75prozentigen Rente die Berufsvereinsgenossenschaft verurteilte, ihn die als notwendig anerkannte Heilbehandlung zu gewähren. Darüber vergingen selbstverständlich Monate, eine Zeit, in der ein Verletzter infolge mangelnder ärztlicher Behandlung längst zugrunde gegangen sein oder nicht wieder gutzumachenden Schaden an seiner Gesundheit erlitten haben kann. Das jetzige Verfahren zur Erlangung von Heilbehandlung ist deshalb zu umständlich und bedarf dringend der Aenderung.

Wie hinsichtlich der Fürsorge, ist auch das sonstige Verhalten der Berufsvereinsgenossenschaften so ziemlich von jeder Rücksichtnahme gegenüber den Verletzten frei. Die Zustellung der sogenannten Vorbescheide wird in der Regel nur als eine rein formale Sache aufgeführt und die Einwendungen der Verletzten dagegen völlig unberücksichtigt gelassen. Vielfach sind auch die Fristen so kurz bemessen, daß Einwendungen gar nicht erhoben werden können. Ein solches Verhalten ist zwar ungeheuerlich, und muß gegebenenfalls zur Aufhebung des berufsgerichtlichen Bescheides führen, was aber nicht abhört, daß die Berufsvereinsgenossenschaften diese Gepflogenheit immer wieder üben.

Die Rentensfestsetzung sinkt und jetzt.

Aber auch in anderer Richtung haben sich die Entschädigungsbedingungen für die Verletzten verschlechtert. Nach den Sekretariatsberichten haben die Berufsvereinsgenossenschaften das, was die Schrader und Schmidt in preußischen Abgeordnetenhäusern vor der Verlegung forderten, damit der ihnen in reichem Maße zuteil gewordenen Unterdrückung des Reichsversicherungsamts im wesentlichen bereits erreicht. Für Fingeroverletzungen und Verluste ist es — soweit es sich nicht gleich um den Verlust von mehreren Fingern handelt — kaum noch möglich, eine Rente zu erhalten. Der Verlust des vorderen Daumens, Zeigs- und Mittelfingers wurde früher mit einer 10 bis 15prozentigen Rente entschädigt. Heute erhalten die Verletzten solche im günstigsten Falle nur noch vorübergehend. Der Verlust des Mittel-, Ring- oder Kleinfingers, ja selbst des so wichtigen Zeigefingers bleibt in immer häufigeren Fällen ohne Entschädigung, resp. wird dieselbe auch nur auf kurze Zeit gewährt. Das gleiche trifft für Fingerverluste zu. Dem Gewöhnungsmoment wird eine Auslegung zuteil, die den Berufsvereinsgenossenschaften eine jederzeitige Anwendung ermöglicht. Will nichts anderes zur Herabsetzung sich eignen, ist es nicht möglich, ein der wesentliche Verletzung der Unfallfolgen beizugehöriges ärztliches Gutachten zu erlangen, dann holt man das Gewöhnungsmoment herbei, und es verläßt fast niemals. Selbst die ältesten, aus einer für die Verletzten günstigeren Zeit herrührenden

Dauerrenten fallen ihm zum Opfer; der Begriff „Dauerrente“ hat damit jede Bedeutung verloren.

Die Verleumdung der Entscheidung, und damit zugleich Entschädigungsprozess wird bezeichnend genug nicht nur durch die Arbeitersekretariate, sondern vielmehr stellt sich ihnen ein in dieser Beziehung durchaus unerschütterlicher und einwandsfreier Zeuge zur Seite: die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Verfahrensgenossenschaft.

Hiernach bedarf es dafür wohl keines weiteren Beweises mehr, daß die Nachprüfung des Reichsversicherungsamts sich zum Nachteil der Verletzten gewandelt hat und nicht mehr jenes Maß von sozialer Besorgnis aufweist, wie man es noch unter dem Regime des Dr. Wöbker beobachten konnte.

Verzögerte Gutachten.

Die Schwierigkeit, für die Vertretung der Interessen der Verletzten ärztliche Gutachten zu erlangen, ist bei vielen Sekretariaten noch immer nicht überwunden. Es ist deshalb ein sehr ungleicher Kampf, den die Verletzten gegen die Berufsgenossenschaften zu führen haben.

Als ein sehr wesentlicher Mangel muß es bezeichnet werden, daß den Verletzten von den für die Rentenfestsetzungen und -erhebungen maßgebenden ärztlichen Gutachten und sonstigen Unterlagen seitens der Berufsgenossenschaften keine Kenntnis gegeben wird, obwohl dies nach dem Gesetz geschehen soll.

Die Vertretung vor den Schiedsgerichten.

Wie weit man aber von der Erfüllung einer so selbstverständlichen Forderung entfernt ist, geht aus der Ablehnung von Arbeitersekretären als Vertreter der Verletzten durch die Schiedsgerichte hervor. Sonderbar wie diese Haltung ist auch ihre Motivierung.

Eine der Zurückweisung der Sekretäre ähnliche Stellungnahme zeigen eine große Anzahl Schiedsgerichte dadurch, daß sie die den Sekretären seitens der Verletzten ausgestellte Vollmacht ignorieren und Terminfestsetzungen und Entscheidungen nicht an die Sekretariate, sondern nur an die Verletzten gelangen lassen.

Nicht anders verhält es sich mit der direkten Zustellung der Entscheidung an den Verletzten unter Übergehung des Arbeitersekretariats. Abzusehen davon, daß die Sekretäre auf diese Weise das Resultat ihrer Bemühungen in zahlreichen Fällen nicht kennen können, und damit zugleich die für ihre erfolgreiche Vertretung unbedingt notwendige Selbstkontrolle in Wegfall kommt, ergeben sich daraus sehr viele, ebenfalls schwere Nachteile für die Verletzten.

Gegen diese Praxis der Schiedsgerichte muß deshalb mit aller Entschiedenheit Protest erhoben werden, küßt sie doch auf nichts anderes als auf eine unzulässige Parteimahne für die Berufsgenossenschaften hinaus.

hängigen Rechtsstreit, erforderlichen Zustellungen an den für die Instanz bestimmten Prozessvollmächtigten erfolgen. Das Reichsversicherungsamt hat sich zwar in dieser Hinsicht auf den Standpunkt gestellt, daß das Unfallversicherungsamt die Zustellung an die Partei zuläßt, immerhin ist dieser Fall als Ausnahme gemacht, während eine Anzahl Schiedsgerichte die Nichtzulassung der Arbeitersekretariate und ihre Übergehung bei Zustellungen prinzipiell betreiben.

Die Arbeitersekretariate haben durch ihre alzeit als tüchtigsten anerkannten Tätigkeit ein Anrecht darauf gewonnen, daß ihnen keine unnötigen Hindernisse in den Weg gelegt werden. Das geschieht aber, und es scheint so, als ob sich die Arbeitersekretariate diese Praxis schon zu lange und unnötig haben gefallen lassen, denn in der Presse hat man davon noch nichts gehört.

Schluss.

Damit kommen wir zum Schluss. Wir haben nur einen kleinen Teil aus dem Material der von uns durchgesehenen 40 Berichte führen können. Aber schon das Angeführte zeigt zur Genüge, wie viele Mängel der heutigen Unfallversicherung anhaften und wie wohlberechtigt die von der Arbeiterschaft erhobene Forderung nach einer baldigen und umfassenden Reform ist.

Aus der Zuderindustrie.

Aus der anhaltischen Zuderindustrie

schreibt der „Anhaltische Staatsanzeiger“: „Sämtliche Zuderfabriken der Anhaltener Gegend haben jetzt ihre diesjährige Arbeitsperiode beendet. Die Kampagne 1908 ist eine der kürzesten, wenn nicht die kürzeste überhaupt.“

Als die Fabriken (soll wohl heißen: die Besitzer) können mit dem Ergebnis zufrieden sein. Wird dasselbe auch bei den Arbeitern zutreffen? Werden auch diese mit dem Ergebnis zufrieden sein, wo sie bereits vor Weihnachten wieder ohne Arbeit sind?

Und dieses Ergebnis der Hohlzuderfabriken schlägt naturgemäß auf die andern Zuderfabriken um. So wird auch der Fabrik Arbeiter geneidet, daß bereits Arbeiter entlassen werden, angeblich wegen Mangels an Rohzuder.

Ein neues Zuderraffinerienkartell?

Aus Berlin wird der „Frankf. Zig.“ geschrieben: „Vorb nach dem Inkrafttreten der Brüsseler Konvention und der Ermäßigung des Eingangszolls von 36 Mk. auf 4,80 Mk. (gleich 6 Frs.) war der G. m. b. H. „Syndikat deutscher Zuderraffinerien“ das Zielsetzung entzogen.“

Es folgt dann eine Zusammenstellung derjenigen Betriebe, die seit der Auflösung des Syndikats liquidiert haben, bzw. in ihren Erträgen zurückgegangen sind. Dem soll nun durch Bildung eines neuen Kartells abgeholfen werden.

Wie toben mitgeteilt wird, hat die Versammlung am 18. Dezember sich ein Programm geneigt, nach welchem der Abzug einer Kontingentierung unterworfen ist, und ferner nach Art des in Oesterreich seit mehr als zwei Jahren bestehenden Verbandes eine prozentuale Freigabe des Verkaufs stattfinden soll.

Jubiläum der Hildesheimer Zuderraffinerie.

Die Hildesheimer Zuderraffinerie, die 1883 als Aktiengesellschaft begründet und im Jahre 1894 zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt wurde, feierte kürzlich das Jubiläum des 25-jährigen Bestehens.

hätten Geschenke von 5-20 Mk., zusammen etwa 6000 Mk. Die Jubiläumsgeschenke, die seit Bestehen im Betriebe sind, erhielten 100-150 Mk. Der Betrieb macht auch sonst noch in „Wohlfahrt“. Die bürgerliche Presse berichtet darüber:

Wenn irgendwo die Lohndrücke der bürgerlichen Presse unangenehm ist, so ist das hier der Fall. Die Entlohnung der Arbeiter läßt gerade in diesem Betriebe sehr viel zu wünschen übrig, und wie die Arbeiter im übrigen geachtet und geehrt werden, geht aus besten aus den nachstehend angeführten Bestimmungen der Arbeitsordnung des Betriebs hervor.

- f) wer die Fabrikkrankenkasse oder die Zuderberufsgenossenschaft durch Angabe falscher Tatsachen, durch Simulieren von Krankheit und Unfällen, zu schädigen oder in betrügerischer Weise eine Alters- oder Invaliditätsrente zu erlangen sucht;
g) wer sich bei Krankheit und Unfällen, zur ärztlichen Untersuchung stellt, die ärztlichen Anordnungen nicht befolgt und durch eine unzumutbare Lebensweise die Heilung hinauszieht;
h) wer sich gegen den Kassenarzt oder dessen Familienangehörige in ungeziemender Weise benimmt;
m) wer seine Mitarbeiter zur Arbeitsverweigerung, Widerleglichkeit oder Tüchtigkeit veranlaßt oder zu veranlassen sucht;
o) wer seine Zugehörigkeit zu einer Partei, deren Ziel der gewaltsame Umsturz der sozialen Ordnung ist, in Kergernis erregender Weise äußert oder in gleicher Weise andere zum Beitritt zu dieser Partei verleitet oder zu verleiten sucht;
q) wer seinen Vorgesetzten widerleglichen Mitarbeitern gegenüber nicht in allen Fällen beisteht;

Wir meinen, das genügt. Wer so vorantastliche Bestimmungen für die Arbeiter ausdenken kann, dem sollte eigentlich selbst unsere bürgerliche Kritikpresse den Nimbus eines Arbeiterfreundes verweigern. Sie blamiert sich ja doch nur damit.

3 Arbeiter 3 Todesfälle in Zuderfabriken melde das Unternehmervorgan für die letzte Woche:

In der Zuderfabrik P. starb ein Arbeiter in die Kabinenschweiz. Man fand ihn mit dem Kopf unter zwei eisernen Quersäulen liegend, so daß es ihm jedenfalls nicht möglich gewesen war, sich aufzurichten. Angestellte Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

In der Zuderfabrik T. fand ein 22-jähriger Arbeiter den Tod durch Ertrinken in einem Kanal.

In der Zuderfabrik E. geriet ein Maurer in die Transmissions- und wurde auf der Stelle getötet. Die Schuld an dieser hohen Zahl der tödlichen Unglücksfälle in Zuderfabriken trägt die Beschäftigung ausländischer Arbeiter und die geradezu unverantwortliche Vernachlässigung der Schutzvorrichtungen.

13 000 Zentner Zuder verbrannt.

Die Zuderfabrik in Dirschau ist am 15. Dezember binnen zwei Stunden gänzlich niedergebrannt. Von dem Fabrikgebäude, dem Kessel- und dem Zuderlagerhaus sind selbst die Umfassungsmauern fast völlig eingestürzt. Man verbrannt sind 13 000 Zentner Rohzuder.

Bei diesem Brande hat St. Bureaukratius eine eigenartige Rolle gespielt. Wie die „Danz. N.“ mitteilen, bestand bei dem Brande die Hoffnung, das große Rohzuderlager zu retten. St. Bureaukratius verwehrt dem Feuerwehrenteam jedoch den Zutritt zu dem wohlverriegelten Räume, da - der Zuder noch nicht versichert war, und da es viel besser ist, daß 13 000 Zentner Zuder verbrennen, als daß sie unversichert das staatliche Gewerksamt verlassen, so ließ man das erste geschehen. Als die bessere Einsicht kam, war es zu spät.

Arg beschummelt hat der amerikanische Zuderkunst die Regierung. Er hat durch betrügerische Gewichtsangaben enorme Steuern unterzahlt. Allein in den letzten 2 Jahren beträgt die hinterzogene Summe 3 624 000 Dollar (rund 15 Millionen Mark). Wegen dieser Summe hat die Bundesregierung dem Trust nun verhängt. Der früher verurteilte Betrag ist verjährt.

Selbstkenntnis?

Ueber die Stellung der Chemiker in Zuderfabriken ist im Unternehmervorgan der Zuderindustrie in letzter Zeit wiederholt geschrieben worden. In einer der letzten Nummern wird nun von dem Verhalten der Chemiker zu einander folgendes Bild entworfen: „Zum Schluss noch einige Bemerkungen über das Verhältnis der Chemiker zu einander, das leider in vielen Fabriken ein recht häßliches ist, wohl hauptsächlich infolge der unglücklichen Lage der Chemiker, der Schwierigkeit, eine einigermaßen gute Stelle zu finden.“

Ganz recht! Auch den Stehfrageproleten in der Zuderindustrie tut eine Organisation not. Vielleicht sind sie dann auch weniger rücksichtslos gegen die Organisationen der Arbeiter und lassen des unerschütterlichen Danks sagen, als ob sie höhere Wesen wären.

Neuer Schmarzschneiderverband.

„Streikentschädigungsgesellschaft für die deutsche Zuderraffinerie- und Schokoladenindustrie“ nennt sich diese neueste Organisation, die bereits der „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitsverletzungen in Berlin“ angeschlossen ist. Das Domizil der Gründung ist Braunschweig.

durch diese Streiks erwächt, gegen Zahlung eines bestimmten jährlichen Beitrags entschädigen will.

Für jeden durch Arbeitseinstellung ausfallenden Arbeitstag kann vom Aufsichtsrat eine Entschädigung bis zur Höhe von 25 Prozent des durchschnittlichen Tageslohns des streikenden oder ausgesparten Arbeiterpersonals bewilligt werden; es ist dieses natürlich von dem abhängig, ob genügend verfügbare Mittel vorhanden, und deshalb nicht eher möglich, als bis größere Fonds angesammelt sind.

Die Gründung der Unternehmer muß die Arbeiter veranlassen, ihrerseits mit verdoppeltem Eifer am Ausbau ihrer Organisation zu arbeiten, dann werden die Dämme der Schafmacher schon nicht in den Himmel wachsen.

Diese Gründung der Unternehmer muß die Arbeiter veranlassen, ihrerseits mit verdoppeltem Eifer am Ausbau ihrer Organisation zu arbeiten, dann werden die Dämme der Schafmacher schon nicht in den Himmel wachsen.

Korrespondenzen.

Streiks und Differenzen bestehen in: Mannheim, Göttingen und Weiswasser.

Gezshofen v. Augsburg. Ein unangenehmes Geschehen wurde den Arbeitern des Farbwerks in Gezshofen zuteil. Am 19. Dezember wurde der größte Teil des Betriebes - nach Verlauten auf 3 Wochen - eingestellt.

Satzburg. In den Ehrschen Delfabriken hatten die Meister und Vorarbeiter eine Art „Reberegierung“ eingerichtet, die ihren Hauptzweck in Schikanierung der organisierten Arbeiter sah.

Da die Arbeiter guten Grund hatten, anzunehmen, der Besitzer des Betriebes, Herr Kommerzienrat Thörl, sei mit diesen Maßnahmen seiner Beauftragten nicht einverstanden, wandten sie sich an diesen.

Da der gemessene Obmann trotzdem nicht bedingungslos wieder eingestellt wurde, legte der gesamte Ausschuss sein Amt nieder. Keisermann erhob gegen den Ausschuss den Einwand, er sei nicht von der gesamten Arbeiterchaft gewählt, es müsse ein anderer Wahlmodus eingeführt werden.

Die am 15. Dezember unterzeichneten Arbeiter der Vereinigten Harburger Delfabriken, A.-G., vormalig Fr. Thörl, erklären sich mit der Arbeiterchaftswahl am 16. Dezember 1908 (wie angehängt) sowohl nicht einverstanden, da für eine Abteilung nur ein Arbeiter als Arbeiterchaftswahlmitglied gewählt werden kann.

Da die Wahl der Arbeiterchaftswahl auf einigen Fabriken in Satzburg und Hamburg beschränkt geblieben ist, wird für 30 Arbeiter ein Arbeiterchaftswahlmitglied und für jede angefangene 30, jedoch nicht unter 5 Arbeiter, ein weiteres Wahlmitglied gewählt werden können, ersehen wir Herrn Kommerzienrat Thörl, dieses Wahlverfahren auch auf genannten Fabriken einzuführen, da im andern Falle verschiedene Abteilungen von der Arbeiterchaftswahl ausgeschlossen werden, d. h. keine Vertreter bekommen.

Wenn wir Herrn Kommerzienrat Thörl vorliegende Wünsche der gesamten Arbeiterchaft unterbreiten, bitten wir höflich, denselben Ihre Zustimmung zu geben und jeden einer gefälligen Antwort an die Unterzeichneten baldigst entgegen zu sehen.

Auf diese Resolution vertritt Herr Kommerzienrat Thörl, den Wünschen der Arbeiterchaft entgegenzukommen. Der Wahlsitzung wurde zugewiesen und die Wahl fand am genannten Termin statt. Am 18. Dezember ließ Herr Kommerzienrat Thörl den neuen Arbeiterchaftswahl, sowie sämtliche Meister zusammenrufen, erklärte die Wünsche der Arbeiterchaftswahl, worauf auch wir uns einverstanden erklärten, wenn der Meister gegenüber aber, daß die Vertreter der Arbeiter nicht hierher anzusehen, noch wichtiger zu behandeln seien, wie andere Arbeiter. Sollte sich jemand etwas zusprechen können, würde er natürlich ebenfalls anhören wie andere Arbeiter. Ferner wünscht Herr Kommerzienrat Thörl ein gutes Zusammenarbeiten.

Hiermit ist das persönliche Regiment der Meister und Vorarbeiter gebrochen. Es ist Pflicht der Arbeiterchaft, nun auch in Zukunft zu zeigen, wie es hier geschehen ist. Nur Einigkeit macht Kraft.

Unterhausen bei Reuders a. D. Die Arbeiter des Reuderschen Maschinenfabrik, G. u. S. in Wäldchen, Reudersgraben 49, erklären es notwendig, das Arbeitsverhältnis von Arbeitskraft zur Maschine dieses Betriebes zu untersuchen. Nicht genug damit, daß der Betrieb des Betriebes in Winter durch Kündigung der Arbeiterchaft eingestellt werden sollte, wurde am 21. Dezember der Streikbeginn von 25 auf 30, in der ersten auf 25 W. herabgesetzt. Und da die Arbeiter sich das ruhig gefallen lassen, so wurden am 5. Dezember nur noch 25 auf 25 W. arbeitsfähig. Kennzeichnend für den Beginn der Woche den Arbeiter von dieser neuen Kündigung nicht anzuregen. Was braucht auch der Arbeiter zu wissen, wenn er nicht von der Zeit in Gedanken zusammen lassen will: er soll doch ruhig sein, daß er überhaupt noch keine Sorge für den Winter haben sollte, wenn er seine Familie mit 12,48 Mark wöchentlich in der Zeit vor großer Kälte! Damit auszukommen,

ohne zu verhungern, sollen uns die Herren einmal vormachen, wir glauben, auch sie bräuchten dieses Kunststück nicht fertig. Ueberhaupt ist dieser Betrieb in der „schwarzen“ Reuderschen Gegend ein Musterbetrieb, dessen Herren überließen von Arbeiterfreundlichkeit, wenn ihre Sklaven tüchtig schuften, das Maul halten und sich alles bieten lassen, aber kosten darf die Liebe zu ihren Arbeitern nichts. Die große Fürsorge zeigt sich besonders in der Entlassung vieler Arbeiter, die den ganzen Sommer ihren Schweiß für die Unternehmer vergossen haben und nun zu Beginn des Winters durch neue ersetzt wurden. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung gelten hier draußen dem Anschein nach nicht. Eine gültige Arbeitsordnung existiert nicht, so daß die Arbeiter z. B. gar nicht wissen, ob Kündigung vorhanden ist oder nicht. Dem Anschein nach ist sich die Firma selbst darüber nicht im klaren, denn einmal wird gekündigt, das andere Mal nicht. Im Mai und Juni wurde entgegen der bundesrechtlichen Verordnung im Steinbruch 11 Stunden gearbeitet. Die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit wurden im Sommer nicht eingehalten, ja an Maria Himmelfahrt wurde den Arbeitern, die nicht Kall verloben wollten, mit der Entlassung gedroht. Ueber die Außerachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften im Betriebe ließe sich ebenfalls viel reden. Alle Klagen nützen aber nichts, so lange die Arbeiter nicht selbst helfen, daß es besser wird. Das können sie aber nur, wenn sie sich zusammenschließen und sich alle ihrer Organisation anschließen. Mit dieser Mächtigkeit, dann werden auch die Herren an die Befolgung der Vorschriften gehen. Dann werden auch solche Lohnkürzungen eine Unmöglichkeit werden.

Rundschau.

Lenzener und Krise. Die „A. C.“ schreibt: „Schon im Oktober d. J. ergab die Statistik eine bedauerliche Steigerung der Lebensmittelpreise, jetzt ergibt sich, daß der November eine abermalige sehr merkwürdige Preissteigerung für Nahrungsmittel gebracht hat, so daß die Kosten für die Ernährung überwiegend wieder höher sind als 1907; ja an manchen Plätzen wurde sogar das hohe Preisniveau vom November 1907 wieder überschritten. Von den für den Konsum wichtigsten Lebensmitteln sind insbesondere Fleisch, Kartoffeln und Butter teurer geworden. Von den verschiedenen Fleischsorten hat der Preis von Schweinefleisch am kräftigsten zugenommen. Stellen sich im Oktober die Detailpreise in Berlin noch besonders vorteilhaft für den Konsum, so hat der November das Bild wesentlich verschoben. In Berlin vor allem hat der Preis von Schweinefleisch sich so sehr erhöht, daß dadurch allein schon eine Verteuerung oder aber eine Verschlechterung der Ernährung eintreten mußte. Während ein Kilogramm Schweinefleisch geringster Sorte Mitte Oktober erst 1,30 M. kostete, ging der Preis im November auf 1,60 M. hinauf. Im November vorigen Jahres hatte der Preis für 1 Kilogramm nur 1,20 M. betragen. Kartoffeln sind in Berlin gleichfalls im Preise gestiegen, und zwar von 3 M. für 50 Kilogramm im Oktober auf 4 M. im November. Brot, das im Oktober

beizugeben herbeizuführen, damit in Zeiten des Aufschwungs des Gewerbetreibens eine geordnete und leistungsfähige Vertretung der Interessen der Arbeitgeber vorhanden ist.“

Wenn die Arbeiter einen Beschluß fassen würden, bei keinem Unternehmer zu arbeiten, der seine Arbeiter unberechtigterweise ausbeutet, so würde sich wahrlich der Staatsanwalt dahinterlegen und die Arbeiter beim Vernehmen nehmen.

Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Zur Ausföhrung der Beschlüsse des Hamburger Gewerkschafts-Kongresses und des Münchener Parteitags wegen Erziehung und Aufklärung der Arbeiterjugend ist eine aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der jugendlichen Arbeiter bestehende Zentralstelle eingeleitet worden. Der Parteivorstand ist darin durch die Genossen Ebert, Müller, G. Schulz und die Genossen Bieg, die Generalkommission durch die Genossen Legien, Sassenbach, Schmidt und die Genossen Jhrer und die Jugendlichen durch die Genossen Spannig, Malchte, Peters und die Genossin Noebe vertreten. Die Zentralstelle hat sich konstituiert und erachtet, alle Anfragen und Zuschriften an die Adresse:

Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Fr. Ebert, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Der Verkehr mit der Zentralstelle soll durch die auch den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und des Parteitags in den einzelnen Orten einzulegenden besonderen Kommissionen geführt werden. Wo diese Kommissionen noch nicht gewählt sind, muß dies schnellstens nachgeholt werden. Die Adressen dieser Kommissionen sind umgehend der Zentralstelle mitzuteilen.

Die Zentralstelle wird ein Organ herausgeben, das von Ende Januar ab alle 14 Tage erscheinen wird. Als Redakteur dieses Organes ist der Genosse Karl Korn, bisher Redakteur an der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, gewählt worden. Die erste Nummer wird in großer Auflage erscheinen. Es ist deshalb wünschenswert, daß die örtlichen Kommissionen schon jetzt Vorbereitungen treffen, damit für eine möglichst große Verbreitung des Jugendorgans eine recht intensive Agitation entfaltet werden kann.

Verbandsnachrichten.

Vom 21. Dezember ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Erfahrungsbuch 2,50. Proletarier 1,12. Lindenwalde 28,58. Glogau 13,92. Waltershausen 4,50. Breslau 300,—. Rathenow 31,50. Mittenwalde 29,14. Briesg 200,—. Ullm 56,—. Bergedorf 710,50. Lage 9,—. Guben 12,02. Heidenheim 400,—. Meweida 273,78. Leisnig 92,89. Köditz 19,35. Königstein 5,55. Landsberg a. d. W. 196,09. Neustadt b. K. 30,—. Tue i. W. 21,45. Gr.-Möden 26,13. C. 3,—.

Schluss: Montag, 28. Dezember, mittags 12 Uhr.

Die Abrechnung für das 3. und 4. Quartal 1908 haben eingefandt: Rathenow, Mittenwalde, Lampertheim, Köditz i. S., Königstein i. S.

Für das 4. Quartal 1908: Andernach, Leisnig i. S., Mittenwalde.

Zustimmung zur Erhebung von Ertragsbeiträgen:

Kamenz i. S. 5 Pf. pro Mitglied und Woche vom 1. Januar 1909 ab. Zirkchenreuth. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Nr. 213 007, ausgefandt auf den Namen Anton Philipp am 12. Mai 1907 in Andernach. Nr. 144 311, ausgefandt auf den Namen Karl Bödler am 13. Mai 1906 in Dömitz. Nr. 199 565, ausgefandt auf den Namen Bernhard Schulze am 4. Oktober 1906 in Burg a. Fehmarn. Nr. 50 416, ausgefandt auf den Namen August Wolke am 14. November 1902 in Hamburg. Nr. 324 231, ausgefandt auf den Namen Johann Schumacher am 9. Dezember 1907 in Osterholz-Scharmbeck. Nr. 24 456, ausgefandt auf den Namen Johann Videl am 1. März 1905 in Heilbronn. Nr. 227 054, ausgefandt auf den Namen Emil Schubert am 13. Januar 1907 in Kellinghusen. Nr. 139 231, ausgefandt auf den Namen Adam Koch am 16. März 1906 in Lorch i. Hessen. Nr. 121 797, ausgefandt auf den Namen Georg Walter am 8. Februar 1906 in Friedr. s. l. d. Nr. 50 588, ausgefandt auf den Namen August Meier am 25. Februar 1906 in Neumünster.

Wiedergefunden ist das in Nr. 49 als verloren veröffentlichte Mitgliedsbuch Nr. 247 807, ausgefandt auf den Namen August Hartwig am 20. April 1907 in Wittenberge.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gau 5. Gauleiter: Max Wollermann, Bromberg, Sophienstraße 17. Gau 6. Gauleiter: Ad. Maier, Nürnberg, Frenkelsg. 16, II.

Grasleben a. Harz. Friedrich Henneberg, Langestraße 15.

Glauchau i. S. Richard Hamann, Postloggistraße 6. Landsberg a. Warthe. Richard Schim Meyer, Schönhoffstraße 35.

Partenstein. Adam Amend, Nr. 95. Pommerensdorf. Heinrich Lehmann, Alleestraße 29, p. Rothenburg o. d. Tauber. Otto Schneider, Bildhauer. Zirkchenreuth. Joseph Gmeiner, Quirpoltplatz 89. Wittenberge b. Potsdam. Emil Kailer, Moonstraße 1.

Briefkasten.

Fr. i. M. Du hast recht, im Jahre 1907 waren in der chemischen Industrie der Provinz Sachsen 11 510 Personen beschäftigt und nicht 1110, wie der Druckfehler in Nr. 52 des „Pr.“ unsern Kollegen glauben machen will. Besten Dank für den Hinweis. L. i. W. Für den guten Willen besten Dank, aber so leicht ist das „Artikel schreiben“ denn doch nicht. Vor allem darf man, zum hundertsten Male sei es gesagt, das Papier nie auf beiden Seiten beschreiben.

Deffau. Wird verwandt. Ob auch die Statistik, hängt vom Ausfall ab; sende sie jedenfalls ein. Die Antwort auf das Nachwert überlasse bitte mir.

Harburg. Bericht erscheint heute; den Abfall aus der Reichsverbandssache, den euer Kreisblatt wiedergefandt hat, besprechen wir natürlich nicht.

Cederan. Wir lehnen es ab, eine Notiz noch einmal abzugeben, die schon in Nr. 51 des „Pr.“ vom vorigen Tage enthalten ist. Also bitte, etwas aufmerksamer lesen!

Inserate.

Zahlstelle Hahn. Sonntag, den 3. Januar 1909, nammittags 3 Uhr: Generalversammlung

im Saale „Zum Darmstädter Hof“. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Schönebeck. Die Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. Die Anstellungs-Kommission.

Herzliche Glückwünsche zum Jahreswechsel senden allen Verbandskollegen u. Kolleginnen Der Verbandsvorstand Die Redaktion des „Proletarier“ 1909

sich etwas verbilligt hatte, hat bis jetzt erfreulicherweise die Preissteigerung nicht mitgemacht. Berechnen wir den Kostenaufwand des wöchentlichen Familienbedarfs an Nahrungsmitteln für Berlin, so kommen wir für den Monat November dieses Jahres auf einen Betrag von 22,49 Mark. Im Oktober stellten sich die Kosten auf 21,70 M. und im November vorigen Jahres betragen sie 22 M. Die Teuerung hat auch an anderen Plätzen den Aufwand für die Ernährung ungünstig beeinflusst. Also weder Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit auch noch Verteuerung der Lebensmittel. Und dazu 500 Millionen Mark neue Steuern und dann eine hässliche Sparpolitik. Wir werden wirklich gut regiert!

Verbandsblätter dürfen auch unter der Kirchengeldverbreitung werden.

Am 30. August d. J. wurde der Maurer Boittistal in Duisburg von einem Schussmann protokolliert, weil er den „Grundstein“ verbreite, während sich die Christenheit eben zum Preise des Schiffs verjammelte. Die Folge war ein Strafmandat, gegen das natürlich Einspruch erhoben wurde. Das Schöffengericht bestätigte jedoch den Strafbescheid mit folgenden Ausführungen:

Der Angeklagte hat Sonntag, den 30. August, vormittags 9 1/2 Uhr, also während des Hauptgottesdienstes, auf der Ruhrortstraße Zeitungen in einer Mappe zu den Anwesenden getragen. Die Zeitungen trägt der Angeklagte in der Regel Sonnabends, die nicht erlaubten Sonntagmorgens. Auf der Ruhrortstraße hat er vier Abonnenten. Das Ausfragen von Zeitungen stellt sich als eine öffentlich bemerkbare Arbeit dar, die durch die Oberpräsidialverordnung vom 22. November 1906 verboten ist. Es wird nicht verlangt, daß die Arbeiten, die berichtet werden, geräuschvoll sind; es genügt, daß öffentlich bemerkbare Arbeiten berichtet sind. Daß die Tätigkeit des Angeklagten eine öffentlich bemerkbare Arbeit war, geht schon aus dem Umstande hervor, daß die Tätigkeit des Angeklagten dem Polizeibeamten Wimmers ohne weiteres aufgefallen ist.

Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt und am 11. Dezember beschäftigte sich die 3. Strafkammer des Landgerichts Duisburg damit. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung, Rechtsanwalt Sonnwitz als Verteidiger wies durch Verlesen der gesamten Verhandlung wie durch Hinweis auf die Tätigkeit der Post die Unzulässigkeit des Urteils nach und beantragte Freisprechung. Das Gericht schloß sich nach kurzer Beratung dem Antrage an. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Warum nicht gleich?

„Schwerste Strafe dem, der andre an freiwilliger Arbeit hindert.“

In Graudenz wurde am Freitag, dem 18. Dezember, ein Arbeitgeberverband gegründet. Auf der Einladung zu der Gründungsversammlung wurde als Hauptzweck des Verbandes erklärt, die Beschäftigung der Mitglieder, keinen Arbeiter zu beschäftigen, der in der letzten Arbeitsstelle, unbekanntem darum, ob der betreffende Arbeitgeber Mitglied der Vereinigung ist oder nicht, vertragsbrüchig geworden oder in einen unberechtigten Streik eingetreten ist. Demgemäß in der gegenwärtigen Zeit der niedrigen Konjunktur Vertragsbrüche usw. nur selten zu verzeichnen sind, so ist doch gerade eine solche Zeit geeigneter, den Zusammenschluß der Ar-

Aus der chemischen Industrie.

Die Aussichten des neuen Arbeitsjahres.

Zur Jahreswende sollen auch die einzelnen Berufszweige unserer Organisation, wie die chemischen Arbeiter, zurückblicken und prüfen, was die Entwicklung ihrer Industrie im vollendeten Jahre für den neuen Zeitabschnitt verspricht, den sie am 1. Januar mit ihrer Organisationsarbeit antreten. Je verheißungsvoller die Aussichten für den Kapitalismus und die Unternehmer in der Branche sind, desto mehr dürfen die Arbeiter hoffen, ihre Stellung dem steigenden Profit gegenüber zu stärken und ihren Einfluß zu erweitern, falls sie nur ihre Schuldbigkeit tun. Gerade der Organisation der chemischen Arbeiter winken aber bei allen Schwierigkeiten des Menschenmaterials dieser Industrie große Aussichten im neuen Jahre.

Die deutsche und die ausländische chemische Industrie haben sich 1908 glänzend weiter entwickelt, Erweiterungen und Vergrößerungen der leistungskräftigen Betriebe waren von Stettin über Posen, von Berlin über Sachsen bis zum Rheinland und nach Hessen und Bayern zu verzeichnen. Der Verein chemischer Fabriken in Mannheim verstärkte sich durch die Einverleibung Ludwigshafener Betriebe, Charlottenburg durch die Betriebsgemeinschaften mit Bochumer Anlagen, Höchst durch eine Vereinbarung mit Viebrich. Der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau baute die chemische Verwertung seiner Abfallprodukte aus. Die Kaliindustrie, die Brom- und Leimsfabrikannten festigten ihre Verbände zur Erzielung eines möglichst hohen Profits. Noch in den beiden letzten Monaten stieg die Summe des monatlichen Kapitalzuflusses zur chemischen Industrie Deutschlands wieder von 3,1 Millionen auf 9,9 Millionen Mark (von Oktober bis November). Die deutsche Ausfuhr chemischer Produkte wuchs trotz der wirtschaftlichen Weltkrise in den ersten elf Monaten des abgelaufenen Jahres auf 25,6 Mill. Doppelzentner von 25,2 Mill. Doppelzentner in derselben Zeit des Vorjahres, namentlich bei den chemischen Grundstoffen, wie der neuste amtliche Handelsausweis im „Reichsanzeiger“ aufweist. Das Geschäft unserer Ausbeute blüht also fröhlich weiter und wir brauchen uns wahrhaftig nicht davor zu fürchten, ihnen mit Lohnforderungen und Betriebsverbesserungen wehe zu tun.

Aber was noch anziehender ist: die deutsche chemische Industrie erschließt im groß-agrarischen Osten, wie im bäuerlichen Süden des Reichs dem Kapitalismus und damit auch der Arbeiterorganisation immer neue Gebiete. Wie um uns zur Jahreswende besonders anzueifern, werden gerade jetzt ausführliche Mitteilungen darüber gemacht, wie die Heimat unseres unvergesslichen Ignaz Auer, das von der katholischen Kirche besessene ländliche Oberbayern, durch unsere Groß-Unternehmer industriell revolutioniert werden soll.

In Dommelsdorf b. Neuburg am Inn, ein paar Wegstunden südlich von Passau, wurde 1846 der Mann geboren, der später einer der berühmtesten und klügsten deutschen Arbeiterführer werden sollte. Als Bettelkind einer verarmten Metzgerfamilie, der der Vater gestorben war, wuchs unser Ignaz die ersten Jahre dort in bitterster Not auf. Noch etwas weiter aufwärts ins oberbayerische Gebirge hinein, in Wimbach an der Rott, einem Nebenfluß des Inn, mußte dann von 1855 ab der kleine Auer bei Bauern arbeiten, an die er als Gemeindepflegling „veranktioniert“ worden war. Seine nicht minder freudlose Lehrzeit bei einem Sattler machte unser nachmaliger Reichstagsabgeordneter in Neuburg am Inn durch. Erst als er mit 17 Jahren (1863) den Wanderstab des

fertigen Gesellen ergreifen durfte, begann für unsern Ignaz das Leben, das bis dahin unter den traurigsten ländlichen Armenverhältnissen eine Last auf dem schwachen Kinderücken gewesen war. Und jetzt zieht gerade in jene Gegenden die modernste Industrie, die chemische, mit riesigen Anlagen, mit großen Arbeitercharen und einem Heer von Beamten und schafft die Grundlagen für bessere soziale Verhältnisse, für die Ignaz Auer damals in seiner Heimat noch nicht kämpfen konnte, an die er gar nicht zu denken vermochte, deren kapitalistische Vorbedingungen er vielmehr erst allmählich in Norddeutschland kennen lernte, um im Kampf mit ihnen der erfolgreiche Vertreter des Proletariats zu werden, als welcher er gefürdet ist.

Derselbe Innfluß, der bei Passau in die Donau fließt, empfängt eine Strecke noch weiter hinauf ins oberbayerische Gebirge nicht bloß westlich die Wässer der Rott, an denen Auer den Bauern die Röhre weidete, sondern auch östlich die Salzach vom österreichischen Salzkammergut herüber und die Alz aus dem bayerischen Chiemsee. Und auf die modernste Art will die modernste Industrie, die chemische, diese Wasserkraft nützen, welche die billigsten in Deutschland sind. Auf diese Wasserkraft hat seit einigen Jahren die Badische Anilin- und Sodafabrik, die am Unterlauf der Alz von Trostberg bis zur Mündung in den Inn mit 60 000 Pferdekraften zur Erzeugung von Düng- und Sprengstoffen Stickstoffwerke errichten will, ihr Augenmerk gerichtet. Ihr Konzessionsgesuch ruht noch im bayerischen Ministerium des Innern, sei es, weil auch noch der staatliche Ausbau erwogen wird, sei es, weil über die Konzessionsdauer und die Höhe der Abgaben noch keine Einigung erzielt ist. Inzwischen hat das Verkehrsministerium den Oberlauf der Alz vom Chiemsee bis zum Einfluß der Traun mit Beschlag belegt, und es ist der Cyanid-Gesellschaft in Berlin die Konzession für den mittlern Lauf der Alz vom Einfluß der Traun bis unterhalb Trostberg erteilt worden. Auf diese Konzessionserteilung hin wurde im vorigen Monat in den Räumen der bayerischen Filiale der Deutschen Bank mit einem Kapital von 6 600 000 Mark die Aktiengesellschaft Bayerische Stickstoffwerke gegründet, an der eine Anzahl Münchner und Berliner Banken, sowie verschiedene industrielle Gesellschaften, darunter die Chemische Fabrik Kall in Köln, beteiligt sind.

Der im Volksmund als das „bayerische Meer“ bekannte Chiemsee, nächst dem Bodensee das größte Seebecken Süddeutschlands, stellt nämlich ein natürliches Staubecken dar. Aber behufs völliger Ausnutzung der dem Chiemsee entströmenden Wassermassen muß erst künstlich ein größerer Höhenunterschied geschaffen werden. Der Hauptzufluß des Chiemsees ist die aus Oesterreich kommende Ache, und sein einziger Abfluß die nach Nordost strömende Alz, die sich, wie erwähnt, in den Inn ergießt. Nahezu parallel läuft aber in geringerer Entfernung ein anderer Inn-Zufluß, nämlich das bayerisch-österreichische Grenzgewässer Salzach. Ihr tief in das Gelände eingeschnittenes Bett liegt um 100 bis 150 Meter tiefer als das der Alz, und die Badische Anilin- und Sodafabrik beabsichtigt diesen Höhenunterschied auszunutzen, indem sie von den Wassermengen der Alz 60 Kubikmeter in der Sekunde mittels eines 3800 Meter langen Stollens durch den das Flußgebiet der Alz von dem der Salzach trennenden Höhenrücken leiten will. Die neugegründeten Bayerischen Stickstoffwerke, die bereits mit dem Bau ihrer Anlagen begonnen haben, rechnen nicht mit einer Heberführung des Alz-Wassers in die Salzach, sondern wollen ihren Anteil dem eigenen Gefälle der Alz — das bei

einer Länge des Flußlaufs von 63 Kilometern 169 Meter beträgt — mittels Wehrbauten und Wehrkanälen ausnutzen und auf diese Weise 12 600 Pferdekraft gewinnen. Nur auf einer Strecke von 600 Metern bedarf man zu diesem Zwecke eines gewölbten Kanals. In einer obern Wasserkräftenanlage werden 4 Turbinen je 700 und in einer untern bei Tageking weitere vier Turbinen je 2500 Pferdekraft liefern. Die betreffenden Wehrbauten sollen schon bis Ostern 1909 fertig sein. Im Mittel rechnen die Bayerischen Stickstoffwerke mit einer nutzbaren Wassermenge von 50 und die Badische Anilin- und Sodafabrik mit einer solchen von 60 Kubikmetern in der Sekunde. Sollte auch die Anlage der Badischen Anilin- und Sodafabrik zustande kommen, so würde dieselbe mit einem Wehrkanal von nicht weniger als 21 Kilometern Länge zu rechnen haben, der an 21 Stellen überbrückt werden muß. Ein großes und tiefes Tal müßte vermittels zwei gewaltiger Hochleitungen überquert werden. Die technischen Schwierigkeiten sind also bei der Anlage der Badischen Anilin- und Sodafabrik weit größer, als bei der der Bayerischen Stickstoffwerke. Aber wenn man nur das eigene Gefälle der Alz ausnutzen wollte, würden sich höchstens 32 000 Pferdekraft ergeben, während nach den Entwürfen der Badischen Anilin- und Sodafabrik vier Turbinen bei Burghausen an der Salzach je 15 000 Pferdekraft liefern sollen. Den Bayerischen Stickstoffwerken wird die Pferdekraft an Baukapital auf etwa 200 Mt. und dem Schwesterunternehmen etwas höher zu stehen kommen. Merkwürdigerweise wollen die beiden auf zwei ganz verschiedene Arten arbeiten, nämlich die Bayerischen Stickstoffwerke nach dem von Professor Frank und Dr. Caro herrührenden System der Cyanid-Gesellschaft, dem das zunächst zu erzeugende Kalziumcyanid als Rohmaterial für die Stickstoffbindung dient, die Badische Anilin- und Sodafabrik dagegen mit den hohen Hitzeabgraben — 3000 Grad Celsius — des elektrischen Flammenbogens nach einem selbsterrunden, dem der Norweger Birkeland und Eyde ähnlichen Verfahren. Dabei rechnen die Bayerischen Stickstoffwerke mit einer Jahreserzeugung von 18—20 000 Tonnen Kalziumcyanid. Von der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird behauptet, daß sie, um die Leistung der Alz durch Dampfkraft zu ersetzen, jährlich 40 000 Waggons Kohlen im Werte von 8 Millionen Mark aufwenden müßte.

Mit solchen rentablen kapitalistischen Riesenanlagen soll die Heimat unsers Ignaz Auer umgewälzt werden. Ist dieser Vorgang nicht wie ein Symbol für die sichere Zukunft unserer Organisationsarbeit? In den bisher so stillen und deshalb so fest von Kirche und Bauern beherrschten Tälern sollen die feinsten Maschinen summen, elektrische Lichtbögen aufblitzen und soll ein Arbeiterheer geschaffen werden, das mit den modernsten Betriebsrichtungen vertraut werden muß. Eine ganze Provinz, in der die Macht des brutalsten Rückschrittes und der unbeschränkten Arbeiterfeindschaft auf der Schulter des Proletariats so drückend lag, daß sich nur die zähe Natur eines Auer aus ihrer Herrschaft herausarbeiten und aus ihr die Kraft und den Anstoß zu seinem Befreiungskampfe gewinnen konnte, soll jetzt freie, großindustrielle Arbeitsverhältnisse erhalten. An der Alz und am Inn ziehen jetzt die modernen Mächte ein, deren unwiderstehliche Wirkung in der Richtung zum Sozialismus unser verkorbener Führer als einer der wenigen Söhne dieser Heimat frühzeitig erkannte. So flutet der Kapitalismus und gerade auch der chemische allmählich in dieselben letzten Winkel, aus denen sich zähe Kampfnaturen unter unzulässigen Schwierigkeiten aus dem Proletariat für das Proletariat herausarbeiten mußten. Sagt dies nicht auch uns zum neuen Jahre unser schwie-

Die Industrie in Hannover.

III.

Schallplattenfabriken.

Die ökonomische Entwicklung schafft dem Kapital immer neue Verwertungsmöglichkeiten. Durch technische Verbesserungen und neue Erfindungen wird alles verdrängt und besseres, vollkommeneres an seine Stelle gesetzt. Ganze Betriebszweige werden umgewälzt, oft auch vernichtet. Erhebliche Kapitalien werden dadurch „entwertet“ und zahlreiche Arbeitskräfte brach gelegt. Aber auf und aus den Trümmern der Zerstörung werden neue Produktionszweige aufgebaut, die dem Kapital neue Verwertung, dem Kapitalbesitzer neuen Profit, vielleicht auch dem Arbeiter neue Erwerbsmöglichkeiten sichern. Die Fabrikation der Schallplatten zu den verbesserten Sprechmaschinen — Gramophone — gehört zu diesen jungen Industrien. Die Erfindung des genialen Amerikaners hat sich im Jahre die Welt erobert. So wurden allein in den Vereinigten Staaten im Jahre 1904/05 in 14 Betrieben, die mit einem Kapital von zusammen fast 37 Millionen Mark und einem Stamm von 537 Angestellten und 3400 Arbeitern arbeiten, für 43 Millionen Mark Erzeugnisse hergestellt. Die fertigen Phonographen und Gramophone hatten einen Wert von 12,5 Millionen, die Zylinder und Scheiben von 19,7 Millionen Mark und die sonstigen Erzeugnisse von 10,8 Millionen Mark. Im Material wurden für 17,5 Millionen Mark Rohstoffe und Halbfabrikate verarbeitet. Wie sehr diese Industrie, die 2,8 Millionen Mark Gehälter und 7,1 Millionen Mark Löhne zahlt, seit 1900 gewachsen ist, zeigt die Tatsache, daß damals der Wert der hergestellten Erzeugnisse „nur“ 9,4 Millionen Mark betrug, in fünf Jahren also um das dreieinhalbfache gestiegen ist.

Wie in Amerika, so steht auch in Deutschland die Fabrikation der Apparate selbst zurück hinter der Fabrikation der Zubehöreile, wie Walzen, Platten usw., die überdies hier fast durchweg in Spezialfabriken hergestellt werden. Die Hauptbetriebe der Schallplattenfabrikation befinden sich in Hannover, Berlin und Leipzig; insgesamt werden zurzeit circa 2000 Personen darin beschäftigt sein, davon circa 600 allein in Hannover. Da fast nur geschulte, kräftige und intelligente Arbeiter beschäftigt werden können, ist das Organisationsverhältnis im allgemeinen gut. Die Löhne sind infolgedessen im Durchschnitt etwas höher, wie in den andern für unsern Verband in Betracht kommenden Berufen. In mehreren Betrieben sind die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt.

In Hannover befinden sich 5 Schallplattenfabriken mit zusammen rund 600 Beschäftigten. Da die Mehrheit der Arbeiter untern Verbände angehört, gilt für die Löhne das schon oben Gesagte. Wenig günstig steht es dagegen mit dem Schutz der Gesundheit der Beschäftigten. Das liegt einmal daran, daß der Herstellungsprozess der Platten sehr schädigend auf die Gesundheit einwirkt, und daß

ferner — wenigstens für Hannover trifft das zu — für diese, gewissermaßen aus dem Boden geschossene Industrie vielfach alte Gebäude verwendet wurden, die früher andern Zwecken dienten und deshalb durchaus nicht den Anforderungen genügen, die man an einen modernen Fabrikbau stellen muß. So sind die Ventilationseinrichtungen durchweg mangelhaft, obwohl gerade für die Schallplattenfabrikation ausreichende Lüftung erforderlich ist.

Ueber den Produktionsprozess selbst sei kurz das Folgende bemerkt:

Von den Beamten der Firma werden auf sogenannten Weichplatten die Originalaufnahmen hergestellt. Von diesen werden im Geheim-Laboratorium Abzüge (Schells) genommen. Diese Schells werden auf der Rückseite schichtweise geteilt und abgeschmirgelt, vergalvanisiert und bedeckt, hierauf in der Dreherei von außen und innen gedreht, dann ausgebürstet, poliert, benidelt (in Nickelbädern), nochmals ausgebürstet und registriert und kommen dann in den Betrieb.

Im Walzwerk der Fabrik werden die Materialien, wie Baryt, Schellack usw. zwischen heißen Walzen gemahlen; dadurch entwickelt sich viel Staub, der infolge seiner Zusammenziehung sehr schädlich auf die Atmungsorgane einwirkt. Die hohe Temperatur und die mangelhafte Ventilation (alte Gebäude) wieder befördern Erkältungskrankheiten.

Nachdem die einzelnen Bestandteile der Platten gemahlen, gesiebt und gemischt sind, werden sie zu einer festen Masse zusammengearbeitet und kommen in die Presse. Hier hat jeder Arbeiter neben seiner Presse eine stark geheizte Wärmeplatte, auf welcher das Material wie auch die Formen erwärmt werden. Das warme Material wird dann auf die Formen gelegt, zugebäckt und unter die Presse geschoben. Infolge der starken Erhitzung der Wärmeplatte ist die Temperatur in den Presseräumen sehr hoch; 30—40 Grad Wärme sind die Regel. Durch die Erhitzung des Materials aber wird ein elektrischer Dampf erzeugt, der die Augen sowie die Atmungsorgane der Arbeiter in hohem Grade belästigt. Auch Anschwellungen und Eiterungen sind sehr häufig, namentlich an den Unterarmen, beobachtet worden. Desgleichen sind Ausschlagungen und Verbrennungen der Hände ein tägliches Vorkommnis, namentlich bei Anfängern. Da die Presse durchweg in Akkord arbeiten, dabei auch, wenn sie auf dauernde Beschäftigung rechnen wollen, ein bestimmtes Minimum leisten müssen, wird natürlich häufig die notwendige Vorsicht außer acht gelassen. Auch beim Polieren der Platten sind Ganderbeschwerden sehr häufig.

Die Krankenlisten zeigen uns aus 2 Betrieben mit zusammen 515 durchschnittlich Beschäftigten für das Jahr 1907 zu Gebote. Sie ergeben folgendes Resultat:

Von den 515 Beschäftigten waren erwerbsunfähig krank: infolge Krankheit 290 Personen mit 4333 Tagen infolge Unfalls 45 „ „ 889 „ „ zusammen 335 Personen mit 5222 Tagen.

Mithin sind im Jahre 1907 rund 56 Prozent oder, wenn wir einige der Doppelkrankungen einfach rechnen, rund die Hälfte aller Beschäftigten einmal erkrankt und ca. neun Prozent der Beschäftigten erlitten einen Unfall. Die durchschnittliche Dauer einer Erkrankung betrug 16,8, die durchschnittliche Dauer einer Erwerbsunfähigkeit infolge Unfalls 22 Tage. Von den 45 Unfällen sind 24, also mehr als die Hälfte, Verletzungen der Hände, davon hatten 6 weniger wie eine Woche und 7 mehr wie 4 Wochen Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Ueber Art und Dauer der Erkrankungen gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft:

Art der Erkrankung	Personen	Tage
1. Erkrankungen der Atmungsorgane	41	780
2. Magen und Darmkrankungen	47	656
3. Rheumatismus	43	830
4. Influenza	33	335
5. Geschwüre, Geschwülste, äußere Entzündungen und Wunden (nicht Unfälle)	46	854
6. Sonstige Erkrankungen	80	1427

Die Tabelle bestätigt die Richtigkeit der oben geäußerten Ansicht über die Ursachen der hohen Krankenlisten. Wenigstens liegt für uns die Annahme nahe, daß die unter 1. angeführten Erkrankungen im wesentlichen auf den Staub, die unter 2. aufgeführten auf den eingeatmeten Dampf und die rheumatischen Erkrankungen auf die enorme Hitze und Zugluft zurückzuführen sind. Beachtung verdient auch die erhebliche Zahl der Geschwüre und Entzündungen. Ueber ihr Vorkommen haben wir schon oben berichtet, es wäre aber notwendig, daß einmal ärztlich festgestellt wird, auf welche Ursachen dieselben zurückzuführen sind. Es erscheint nämlich durchaus nicht ausgeschlossen, daß irgend eine der verwendeten chemischen Substanzen derartige Erkrankungen hervorruft oder doch ihr Entstehen begünstigt. Jedenfalls möchten wir an dieser Stelle unsre Kollegen, die in Schallplattenfabriken arbeiten, ersuchen, uns mitzuteilen, ob auch in andern Betrieben ähnliche Wahrscheinungen gemacht werden, beziehungsweise wie solche Erkrankungen verlaufen sind. Vielleicht nehmen sich auch die Gewerkschaften einmal der Sache an. In erster Linie hat natürlich die Arbeiterchaft dieser Betriebe die Pflicht, auf Herabminderung der hohen Krankenlisten bedacht zu sein. Namentlich muß überakt ausreichende Ventilation vorhanden sein zur Abführung des Staubs und der schädlichen Dämpfe. Auch die Herabminderung der hohen Temperatur ließe sich durch geeignete Lüftungs- und Kühlvorrichtungen erreichen. Die Gesundheit der Arbeiter ist ein wertvolles Gut, als daß die Kostenfrage hier eine Rolle spielen dürfte. Zumal die Industrie rentabel genug ist, um ausreichende Bezahlung der Arbeitskräfte und musterzügliche Betriebsrichtungen zu ermöglichen.

